# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 490 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 211

**Bezugspreis:** für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.
**Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608—5610.
**Wochenbeilage:** H. Z.-Maschinen-Börse. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

**Morgen-Ausgabe**
**Mittwoch, 25. September**

**Anzeigenpreis:** Vierspaltige Zeile 25 Pfg., Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg. + 10% Zuschlag. Auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. — Rabatt nach Tarif.
**Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale


# Erneute feindliche Angriffe bei St. Quentin gescheitert

### Die Reden im Hauptausschuß — Nachhutkämpfe in Palästina — Feindliche Vorstöße in Tirol

## Die Rede des Kanzlers

**Berlin**, 24. Sept. Reichskanzler Graf von Hertling ergreift das Wort:

Der Ausschuß ist zusammengetreten, um in der ernsten Lage, in der wir uns zurzeit befinden, von der Reichsleitung Auskunft über eine Reihe schwerwiegender Fragen zu erhalten und dieselben mit den Regierungsvertretern zu besprechen. Der Wunsch ist durchaus begreiflich, und wir werden ihm nach Möglichkeit entgegenkommen; zunächst möchte ich mir aber gestatten, einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken.

Meine Herren, wie Ihnen bekannt ist, hat sich weiter Kreise der Bevölkerung eine tiefgehende Verstimmung bemächtigt. Der letzte Grund dafür ist der Druck, welchen der furchtbare, nun schon vier Jahre währende Krieg verursacht, alle die Leiden und Entbehrungen, die er zur Folge gehabt, die Opfer, die er allen Ständen, allen Familien und mehr oder minder jedem einzelnen auferlegt. Ich denke nicht daran, diesen Druck durch Worte verringern zu wollen. Aber, meine Herren, wenn die Mißstimmung durch unsere gegenwärtige militärische Lage, durch die Ereignisse an der Westfront beeinflußt ist, so muß ich, ohne den zu erwartenden Mitteilungen des Vertreters des Kriegsministeriums vorgreifen zu wollen, mit allem Nachdruck erklären, daß sie weit über das berechtigte Maß hinausgeht. Gewiß, meine Herren, unsere letzte großangelegte Offensive hat uns nicht den gehofften Erfolg gebracht, das muß ohne weiteres zugegeben werden. Die Heeresleitung hat sich veranlaßt gesehen, unsere weit vorgeschobenen Linien auf die sogenannte Siegfriedstellung zurückzunehmen. Die Lage ist ernst, aber wir haben

**keinen Grund, kleinmütig zu sein.**

Wir haben schon Schwereres durchzumachen gehabt. Denken Sie an den Sommer 1916, als die Verdun-Offensive scheiterte, an der Somme die heftigsten Kämpfe und im Osten die Massenanstürme Brussilows stattfanden, welche die bekannten ungünstigen Rückwirkungen an der österreichisch-italienischen Front nach sich zogen und nun auch noch Rumänien in den Krieg eintrat. Damals haben wir den Mut nicht verloren, sondern den Feinden, die uns am Ende wähnten, gezeigt, was entschlossener Siegeswille vermag. Und wie steht es heute? Wir haben Frieden mit Rußland und mit Rumänien, und wenn auch die Verhältnisse in dem ehemaligen russischen Reiche noch nicht geklärt sind, und die Zukunft unsicher erscheint, so ist doch für uns die frühere Bedrohung von zwei Seiten in Wegfall gekommen und ein beträchtlicher Teil unserer vormaligen Ostarmee kann jetzt im Westen verwendet werden. Die österreichisch-ungarische Armee hält weite Strecken italienischen Gebietes besetzt und behauptet dort tapfer ihre Stellungen, in Frankreich aber weisen unsere Truppen die von Franzosen, Engländern und Amerikanern unternommenen und durch moderne Kampfmittel aller Art unterstützten Vorstöße zurück, der alte Geist ist in ihnen lebendig, das haben die Ereignisse der letztvergangenen Tage deutlich erkennen lassen.

**Die hartnäckigen Durchbruchsversuche des Feindes werden scheitern,**

**des Vaterlandes treue Söhne wehren ihm todesmutig das Eindringen.**

Und da sollten wir verzagt werden? Sollten wir vergessen, was früher geschehen ist, sollten wir da den Männern, die in den vergangenen Jahren uns von Sieg zu Sieg geführt haben, nicht mehr das alte rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen, weil einer der Wechselfälle eingetreten ist, wie sie die Kriege jederzeit mit sich bringen? Nein, meine Herren, das wäre männlicher Kleinmut und schnöder Undank. Unsere Feldherren Hindenburg und Ludendorff werden sich wie jeder früheren, so auch der gegenwärtigen Lage gewachsen zeigen, und der voreilige Siegesjubel der Feinde wird bald wieder abklingen.

Aber Heer und Heimat gehören zusammen. Ich habe auch bei früheren Gelegenheiten nie versäumt, wie dem Volke in Waffen, so dem Volke in der Heimat meine Bewunderung und meine Hochachtung auszusprechen. Gewiß, die laute Begeisterung, wie sie die Augusttage 1914 erfüllte, konnte nicht vorhalten, aber die feste Entschlossenheit, auszuharren bis zum Ende, die wird allen Schwankungen und Erschütterungen zum Trotz fortbestehen, die Väter und Mütter in der Heimat werden die Söhne, Gatten und Brüder draußen im Feld nicht im Stiche lassen, gerade jetzt, wo es aufs Ganze geht.

**Wir haben den Krieg vom ersten Tage an als**

**einen Verteidigungskrieg**

geführt. Nur um unserer Verteidigung willen sind wir in Belgien eingerückt.

Ich betone das um so energischer, angesichts des schnöden Mißbrauchs, der bis in die letzten Tage hinein mit dem bekannten Worte des damaligen Herrn Reichskanzlers getrieben wird. Als wir in Belgien einrückten, haben wir das geschriebene Recht verletzt, aber es gibt, wie für den Einzelnen, so auch für die Staaten ein anderes Recht, das ist

**das Recht der Selbstverteidigung und der Notwehr.**

Wir hatten Grund zu der Annahme, daß, wenn wir nicht rasch handelten, der Feind uns zuvorkommen und bei uns einrücken würde. Nachträglich haben wir dann aus den belgischen Archiven ersehen, wie bedenklich es längst vor Ausbruch des Krieges um die belgische Neutralität bestellt war. Und hatten wir nicht vor dem notgedrungenen Einmarsch Belgien die Friedenshand geboten und uns bei Zusage der Neutralität anheischig gemacht, für die durch unsere militärischen Maßregeln entstandenen Schäden aufzukommen? Wir haben das gleiche Angebot zum zweiten Male nach der Einnahme von Lüttich gemacht, aber die belgische Regierung wollte nichts davon wissen und schloß sich dem Bunde unserer Feinde an. Um unsere Verteidigung allein hat es sich bei allen den weiteren Kämpfen gehandelt. Wir mußten uns im Osten der gewaltigen russischen Heeresmassen erwehren, die verwüstend in Ostpreußen eingedrungen waren, und sie in harten Kämpfen in ihren Grenzen zurückweisen und sie dann Schulter an Schulter mit unseren treuen Verbündeten am weiteren Vordringen zu hindern, ebenso kämpfen wir im Süden an der Seite der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen das treulose Italien. Und in Frankreich, das nunmehr der hauptsächlichste Kriegsschauplatz geworden ist, haben wir nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns jeder Gedanke an Eroberung fern liegt.

Wie aber stehen die Dinge auf der Gegenseite? Freilich, wenn man den Auslassungen der Feinde, amtlichen und außeramtlichen, Glauben schenken wollte, so ginge ihr Wille nur dahin, das in frevelhaftem Übermut die Weltherrschaft anstrebende Deutschland zurückzuweisen, für Freiheit und Gerechtigkeit gegen deutschen Imperialismus und preußischen Militarismus zu kämpfen. Wir wissen es besser. Vorbereitet wurde der Weltkrieg schon vor Jahren durch die bekannte Einkreisungspolitik König Eduards. In Frankreich entstand eine ausgedehnte Kriegsliteratur, die in militärischen Fachblättern, wie in Einzeldarstellungen auf den bevorstehenden Krieg mit Deutschland hinwies. Der Einfluß Österreich-Ungarns auf den Balkan sollte ausgeschaltet werden, so verlangte es das russische Expansionsbestreben und die panslawistische Idee. Und

**nicht die „preußische Militärpartei"**

hat die Fackel an den Zündstoff gelegt, sondern während der Deutsche Kaiser bis zum letzten Augenblick bemüht war, den Frieden aufrecht zu erhalten, hat die russische Militärpartei gegen den Willen des schwachen Zaren die Mobilmachung durchgesetzt und damit den Krieg unvermeidlich gemacht. Das haben die Akten des Zuchomlinowprozesses einem jeden, der sehen will, deutlich gezeigt. Wir können dem Urteil der Nachwelt ruhig entgegensehen. Für die Gegenwart freilich haben die feindlichen Machthaber es verstanden, durch einen unerhörten Feldzug der Lüge und Verleumdung die Wahrheit zu verdunkeln.

Was durch das gesprochene oder geschriebene Wort nicht erreicht wurde, mußte durch bildliche Darstellungen ersetzt werden, Erzeugnisse einer geradezu teuflischen Phantasie, von der man sich mit Entsetzen und Ekel abwendet. Aber der Zweck ist erreicht worden. In der feindlichen Bevölkerung ist ein Haß gegen die Mittelmächte, insbesondere gegen Deutschland, entfacht, der alle Besonnenheit aufsteht, jedes gerechte Urteil erstickt. Sie haben alle die jüngste Rede Clemenceaus gelesen, die an

**fanatischem Hasse und Roheit der Gesinnung**

alles bisher Geleistete zu übertreffen schien, aber in Amerika hat sie, wie die zu uns herüberdringenden Kundgebungen beweisen, ein vielstimmiges Echo gefunden. In den Vereinigten Staaten ist zurzeit der wildeste Kriegstaumel im Gange. Man berauscht sich an dem Gedanken, daß Amerika den gelnechteten Völkern Mitteleuropas die Segnungen moderner freiheitlicher Kultur bringen müsse, und erfreut sich zugleich der vielen Millionen, welche die Kriegsrüstungen in die Taschen der Geschäftsleute fließen lassen. Theorie und Praxis sind eben verschiedene Dinge, und auch das alte Wort von dem Splitter im fremden und dem Balken im eigenen Auge bewährt sich immer wieder in den Machenschaften der Entente. Sie finden kein Ende in der Verurteilung unseres Einmarsches in Belgien; über die Vergewaltigung Griechenlands aber, die Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes, die erzwungene Abdankung des Königs gehen sie als an etwas Selbstverständlichem ruhig vorüber. Sie behaupten, für den Schutz der unterdrückten Nationen einzutreten, die Jahrhunderte alten Leiden und berechtigten Beschwerden Irlands aber finden nirgendwo Gehör, auch nicht in Nordamerika, wo man doch durch die zahlreichen irischen Auswanderer darüber unterrichtet ist. Und die englische Regierung, die mit besonderer Vorliebe die Worte von Recht und Gerechtigkeit im Munde führt, hat es ganz neuerlich damit vereinbar gefunden, das zusammengelaufene Gesindel der Tschechs-Slowaken als kriegführende Macht anzuerkennen. Und wie wird sich demgegenüber das deutsche Volk verhalten? Wird es etwa angstvoll um Gnade flehen? Nein, meine Herren, es wird eingedenk seiner großen Vergangenheit und seiner noch größeren Mission in der Zukunft

**aufrecht stehen bleiben und nicht zu Kreuze kriechen.**

Die Lage ist ernst, aber zu tiefer Mißstimmung gibt sie keinen Anlaß. Der eherne Wall an der Westfront wird nicht durchbrochen werden, und der Unterseebootkrieg erfüllt langsam, aber sicher seine Aufgabe, den Frachtraum zu verringern und dadurch vor allem den Nachschub an Mannschaften und Material aus den Vereinigten Staaten wirksam zu behindern und mehr und mehr einzuschränken. Die Stunde wird kommen, weil sie kommen muß, wo auch die Feinde zur Vernunft kommen und sich bereit finden werden, dem Kriege ein Ende zu machen, ehe die halbe Welt zu einer Trümmerstätte geworden ist und die Blüte der Mannesstraft tot am Boden liegt.

**Inzwischen gilt es,**

**kaltblütig und zuversichtlich, einheitlich und festgeschlossen zusammenzustehen.**

Für uns alle kann es ja nur ein Ziel, ein Interesse geben, den Schutz des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit. Hier ist kein Zwiespalt zwischen Regierung und Bevölkerung. Die Regierung will nur

**mit dem Volke und für das Volk arbeiten**

und sie darf erwarten, daß dieses dabei hinter ihr steht.

gibt es auch bei uns Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiet, und die Zeit nach dem Kriege wird uns auch im Innern vor neue Probleme stellen. Ich will davon jetzt nicht reden, aber da ich weiß, daß die vorhandene Mißstimmung nicht allein durch die zuvor angedeuteten Leiden und Kümmernisse der Kriegszeit, sondern auch durch ganz bestimmte Sorgen und Beschwerden politischer Art beeinflußt ist, will ich hierüber ein kurzes Wort sagen. Ich bin von dem Tage an, da ich die schwere Bürde des Kanzleramtes übernommen habe, bestrebt gewesen, die von mir gegebenen Zusagen zu erfüllen, und ich werde mich durch nichts beirren lassen, daß, was nach dieser Richtung noch aussteht, energisch durchzuführen. Natürlich denke ich hierbei an die große Reformvorlage, die zwar nicht vor das Forum des Reichstages gehört, aber weit über die preußischen Grenzen hinaus die politischen Kreise in Deutschland beschäftigt. Ich kann hier nur auf die Erklärungen verweisen, die ich widerholt, zuletzt im Preußischen Herrenhause, abgegeben habe. Die Staatsregierung ist fest entschlossen, die Vorlage zur Annahme zu bringen und wird dabei vor keinem ihr verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel zurückschrecken. Dabei aber bitte ich Sie, eines zu bedenken: es handelt sich um eine tiefgreifende Veränderung in der historisch erwachsenen Struktur des preußischen Staates. Es wäre eine Unbilligkeit, ja es wäre nicht gerecht, wenn den Vertretern der alten Ordnung nicht die Möglichkeit gegeben würde, ihren Standpunkt in dem Parlament zu vertreten, oder über ihre Argumente mit leichter Handbewegung hinwegzugehen. Von Verschleppungsversuchen darf natürlich nicht die Rede sein und ist auch nicht die Rede, wie sich die Herren in Bälde überzeugen werden. Gelingt es jedoch nicht, das gesteckte Ziel auf dem Wege parlamentarischer Aussprache zu erreichen, so wird eben der andere Weg beschritten werden, den die Verfassung vorzeichnet.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen kurzen Blick in die Zukunft werfen. Die Menschheit zittert bei dem Gedanken, daß dieser schreckliche, kulturvernichtende Krieg nicht der letzte sein, sondern weitere Kriege nach sich ziehen werde, und die Frage beschäftigt immer weitere Kreise, ob es kein Mittel zur Abhilfe gäbe, ob es nicht möglich sei, eine Organisation unter den friedensbedürftigen Völkern zu schaffen, welche das Recht an die Stelle der Macht, die friedliche Lösung an die Stelle blutiger Kämpfe setzen würde. Bekanntlich hat der Präsident der Vereinigten Staaten in 14 Punkten die Richtlinien für einen Friedensschluß aufgestellt. Ich habe am 24. Januar d. Js. in Ihrem Ausschuß die sämtlichen Punkte besprochen und zu dem letzten derselben bemerkt, daß mir der hier angeregte Gedanke eines Völkerbundes durchaus sympathisch sei unter der Voraussetzung, daß ehrlicher Friedenswille und die Anerkennung des gleichen Rechts aller Bundesstaaten gewährleistet sei. Wie notwendig dieser Vorbehalt war, ergab sich aus der Aeußerung unserer Feinde, welche bei dem Völkerbunde an ein gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtetes Bündnis dachten. Herr Wilson hat dann in einer Botschaft vom 11. Februar einen weiteren Schritt in der gleichen Richtung unternommen und in vier Punkten die Grundsätze aufgestellt, welche seiner Meinung nach bei einem gegenseitigen Meinungsaustausch Anwendung zu finden hätten. Ich habe in meiner Reichstagsrede vom 25. Februar mich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage erörtert werden könne. Herr Wilson hat aber weder damals, noch später hierzu Notiz genommen. Inzwischen scheint sich ja auch der frühere Ideologe und eifrige Friedensfreund in das Haupt der amerikanischen Imperialisten umgewandelt zu haben. Aber der Plan eines zu gründenden Völkerbundes wird dadurch nicht diskreditiert, er hat in dem schweizerischen Bundespräsidenten und dem norwegischen Minister Knudsen berufene Fürsprecher gefunden, welche beide insbesondere auf das Interesse der neutralen Staaten an einer solchen Einrichtung hinweisen. Auch ich nehme keinen Anstand, mich heute nochmals zu dieser Frage zu äußern und in aller Kürze auf Ziel und Grundlage eines solchen Verbandes hinzuweisen. Es handelt sich um die Forderung einer allgemeinen, gleichmäßigen und successiven Abrüstung, um die Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, um die Freiheit der Meere, um den Schutz der kleinen Nationen. Was den ersten Punkt betrifft, so habe ich schon am 24. Januar unter Berufung auf früher abgegebene Erklärungen den Gedanken einer

**Rüstungsbeschränkung als durchaus diskutabel bezeichnet**

und dabei hinzugefügt, daß die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege einer befriedigenden Lösung dieser Frage die wirksamste Unterstützung leihen würde. Was die Frage der Schiedsgerichte betrifft, so hat dieselbe eine lange Vorgeschichte. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, aus dem sehr interessanten Material, das mir vorgelegen hat, ergibt sich, daß in der Vergangenheit wiederholt Deutschland die Anrufung eines Schiedsgerichts in strittigen Fragen angeregt hat, ebenso aber auch, daß in mehreren Fällen die Ausführung an dem Widerspruch gescheitert ist, der in England oder Amerika dagegen erhoben wurde. Wenn es gelänge, eine internationale Verständigung dahin zu treffen, daß strittige Rechtsfragen zwischen verschiedenen Staaten stets einem Schiedsgerichtshofe vorgelegt werden müßten und dies den Gliedern des Völkerbundes zur Pflicht gemacht würde, so wäre dies ohne Zweifel ein bedeutsamer Schritt zur Erhaltung des allgemeinen Friedens. Die näheren Bestimmungen, insbesondere was die erforderliche Garantie für die Anerkennung der gefällten Schiedssprüche betrifft, bedürfen einer sorgfältigen und gründlichen Ueberlegung. Ueber die Freiheit der Meere habe ich mich schon früher geäußert, sie bildet eine notwendige Voraussetzung für den uneingeschränkten Verkehr der Staaten und Völker. Hier aber werden, selbstverständlich nicht auf unserer Seite, die größten Schwierig-


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191809251-18/fragment/page=0001

leiten gemacht werden. Als ich seinerzeit diesen Punkt berührte, und auf die Konsequenzen hinwies, welche von einer ehrlichen Durchführung verlangt würden, also ungehemmter Zugang für alle Nationen zu den Binnenmeeren, keine Vormachtsstellung Englands in Gibraltar und Malta wie am Suezkanal, hat eine englische Zeitung dies als Unverschämtheit bezeichnet. Endlich der Schutz der kleinen Nationen. Hier können wir sofort und ohne Vorbehalt feststellen, daß wir hier ein völlig reines Gewissen haben. Möge also der Völkerbund kein bloßer Zukunftstraum sein, möchte sich der Gedanke vertiefen, möchte man sich in allen Ländern eifrigst mit den Mitteln seiner Einrichtung beschäftigen. Die erste und wichtigste Voraussetzung wird der ehrliche und energische Wille sein, für Friede und Gerechtigkeit einzutreten.

## Die militärische Lage

Hierauf erläuterte an Stelle des Kriegsministers **General** von Wrisberg die allgemeine Kriegslage; Unsere Angriffsoperationen - beiderseits Reims blieben, weil der ausschlaggebende Faktor, die Ueberraschung, nicht gelang, auf taktischen Erfolg beschränkt. Mit dem Einstellen unserer Offensive trat eine wesentliche Aenderung der Gesamtlage ein. Wir mußten uns auf Abwehr einstellen und unsere Front zurücklegen. In neuen Stellungen können wir aber mit vollem Vertrauen weitere Angriffe des Feindes erwarten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir als **Verteidiger** eine erhebliche **Zahl von Gefangenen und Geschützen eingebüßt** haben, wir können aber mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß der Feind seine Erfolge nur in den ersten Angriffstagen durch Ueberraschung mit geringen Verlusten erreichte, daß er aber im übrigen die schwersten Verluste erlitten hat.

Auch die **amerikanischen Heere dürfen uns nicht schrecken.** Wir werden auch mit ihnen fertig. Bedeutungsvoller für uns war die **Frage der Tanks.** Wir sind dagegen ausreichend gerüstet. Die Tankabwehr ist heutzutage mehr eine Nerven- als eine Geräfrage.

Im Osten und an der **italienischen Front** ist die Lage im allgemeinen unverändert.

In **Mazedonien** gelang es den Gegnern, die bulgarischen Streitkräfte an einer Stelle nicht unerheblich zurückzudrücken. Die bulgarische Heeresleitung sah sich trotz der glänzenden Abwehr des englischen Angriffes am Dirvan-See gezwungen, ihre Verteidigung weiter zurück zu verlegen.

In **Palästina** wurden am 19. September die türkischen Kräfte aus ihren bisherigen Stellungen geworfen. Wie sich die Lage weiter gestalten wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Die feindlichen Heeresberichte müssen jetzt mit großer Vorsich gelesen werden. Sie sind bewußt

**auf die Zermürbung unserer Stimmung zugeschnitten,**

**bringen daher starke Uebertreibungen.**

Voll Vertrauen sieht die Oberste Heeresleitung und Heeresverwaltung **den künftigen Ereignissen entgegen.** Der Feind rechnet mehr als je auf unseren inneren Zusammenbruch. Zeigt die Heimat ein starkes Gesicht, so gibt sie dadurch unserer Front eine unüberwindliche Stärke. Wie es unseren Gegnern schlecht ging, stellten sie sich

**geschlossen hinter die Regierung, Heeresleitung und Heer.**

**Sollte der Deutsche das nicht auch tun, zumal es ihm nicht schlecht geht. Wir haben keine Ursache zu verzagen. Ein fester deutscher Wille führt zum ehrenvollen Frieden.**

Hierauf äußerte sich Kapitän zur See **Brüninghaus** über die militärische Lage zur See:

Die militärische Lage zur See läßt sich kurz in die folgenden Worte zusammenfassen: **Unsere Sache steht gut!** Die Ansicht der Marine über den Stand des U-Bootkrieges gründet sich auf zwei Tatsachen: Einmal, daß unsere U-Boote

**mehr Schiffsraum versenken, als gebaut wird,**

während die Bedürfnisse unserer Gegner ständig wachsen und des weiteren, daß unsere U-Bootwaffe trotz aller Abwehrmaßnahmen unserer Gegner im Steigen begriffen ist. Die Gerüchte, daß durch **ganz ungeheuerliche Verluste unser Bestand an U-Booten nicht zu, sondern im Vergleich zu früher, abgenommen hätte, entbehren der Unterlage.** Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Zahl der im Dienste befindlichen U-Boote heute größer ist als zu irgend einer Zeit des Krieges. Durch die Ereignisse an der Westfront ist das Interesse in der Oeffentlichkeit für die Ereignisse auf See bei uns etwas in den Hintergrund getreten, in England ist dies nicht der Fall. Hier verfolgt man alle Phasen des U-Bootkrieges mit gespanntester Aufmerksamkeit. Es erscheint mir dies als der beste Beweis dafür, wie wenig einsichtsvolle Kreise in England auf das geradezu törichte Gerede von der überwundenen U-Bootsgefahr geben. Ich meine aber, unsere Sache würde noch besser stehen, und das erhoffen wir für die Zukunft, wenn das Verständnis für den U-Bootkrieg und die mit ihm zusammenhängenden ungeheuren Wirkungen auf das militärische und Wirtschaftsleben unserer Gegner mehr Allgemeingut unseres Volkes würde. Man kann über die Notwendigkeit unseres U-Bootkrieges denken wie man will, die Marine ist nach wie **vor überzeugt, daß er das**

**einzige Mittel war und ist,**

die Angelsachsen zur Vernunft zu bringen. Aber nachdem man sich entschlossen hatte, diese unsere stärkste Waffe unseren zähesten Gegnern gegenüber zur Anwendung zu bringen, mußte und muß man konsequenter Weise alles tun, um in unserem Volke den Glauben an die Wirksamkeit dieser Waffe wachzuhalten. Dazu bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der berufenen Vertreter des Volkes, die anders in der Lage sind, auf die Stimmung der Massen einzuwirken als das seitens der Regierung geschehen kann. Wenn die **Arbeiter** auf den Werften, in den Torpedowerkstätten, in all den tausend Fabriken sich erst einmal klar gemacht haben, wie viel in unserem Existenzkampf davon abhängt, daß jeder einzelne durch harte Tätigkeit, durch gesteigerte Aufmerksamkeit an seinem Teil zur schnellen Beendigung des Krieges beitragen kann, ich sollte meinen, dann würden die U-Boote noch schneller fertiggestellt werden und wir unserm **Endziel rascher näher kommen.** Nach der bei uns in der Marine herrschenden Auffassung stand England

**vor etwa Jahresfrist vor der Schicksalsfrage,**

ob es nach den wuchtigen Schlägen, die seinen Lebensnerv, den Frachtraum, getroffen hatten, auf einer verständigen Grundlage Frieden schließen sollte. Man muß auch hier den U-Bootkrieg in seinen Wirkungen als ganzes betrachten und sich nicht etwa dadurch irre machen lassen, wenn einmal einige Tage oder auch nur ein Monat in ihren Ergebnissen aus dem Rahmen herausfällt.

## Die außenpolitische Lage

Sodann führte der Staatssekretär des Auswärtigen **von Hintze** aus:

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht die jüngste Aufforderung Oesterreich-Ungarns zu einer Aussprache über den Frieden. Wir haben unsere

**Bereitschaft zum Frieden aufrecht**

erhalten trotz der zum Teil spöttischen, zum Teil hohnvollen Abfertigung, die wir von unseren Feinden daraufhin erfahren haben. In dieser Bereitschaft zum Frieden waren wir mit unsern Verbündeten völlig einig. Indessen schien es uns, nachdem diese Mißerfolge unsern bisherigen Anregungen zuteil geworden waren, daß wir nicht noch einmal denselben Weg gehen sollten. Auch kam es uns vor, als ob der augenblickliche Zeitpunkt, in dem der Feind in einer Kriegsschnsucht

**einen Siegestaumel**

**begriffen, nicht gerade der geeignetste wäre, unsererseits mit**

# Abendbericht des Großen Hauptquartiers

**Berlin, 24. September, abends. Amtlich.**

Nordwestlich von **St. Quentin** sind erneute heftige Angriffe des Feindes zwischen dem **Omignon-Bach und der Somme** gescheitert.

# Der österreichische Generalstabsbericht

**Wien, 24. September. Amtlich wird verlautbart:**

**Italienischer Kriegsschauplatz**

**An der Tiroler Südfront Artilleriekämpfe. Auf der Hochfläche zwischen Canovo und dem Mont di Val Bella setzten unsere Gegner gestern zu erneuten Angriffen an.**

**Am Monte Sisemol, gegen den der Feind sein unterstütztes Artilleriefeuer zur größten Heftigkeit steigerte, glückte es französischen und italienischen Sturmtrupps, in unsere Linie einzudringen. Ein Gegenstoß trieb den Feind in seine Gräben zurück. Annäherungsversuche gegen unsere Stellungen nördlich des Mont Tomba wurden abgewiesen.**

**An der Westfront und in Albanien keine besonderen Ereignisse.**

**Der Chef des Generalstabes.**

einer neuen Aufforderung zum Frieden hervorzutreten. Indessen, die Aufforderung ist erfolgt und sogleich, nachdem die Aufforderung ergangen war, haben wir in Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen, der Türkei und Bulgarien, uns dahin ausgesprochen, daß wir dem Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung mit größter Sympathie gegenüberstehen und daß wir unsererseits die ersten sein werden, an einer auf Grund dieser Anregung zustande gekommenen Aussprache der Kriegführenden zu beteiligen.

Ich gehe über zu den Staaten, mit denen wir in Frieden leben, die als neutral gelten. Zunächst der größte von ihnen, **Großrußland.** In Großrußland brodelt der Kessel der Revolution weiter. Die Revolution wird in Rußland beeinflußt durch das Vorgehen der Feinde, der Entente und Amerika. Die Entente und Amerika haben im Norden von Rußland einen selbständigen Staat gegründet, den Kolastaat. Ebenso hat sie in Archangelsk eine neue Republik unter ihre Aegide gegründet. Diese Unternehmungen unserer Feinde im Norden müssen von uns mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die bolschewistische Regierung hat sich gegen diese Unternehmungen unserer Feinde im Norden gewehrt. Wir haben unsererseits uns ebenfalls darauf eingerichtet, solchen Unternehmungen, falls sie uns bedrohlich werden, zu begegnen. Wir können sagen, daß jetzt im Murmangebiet und im Süden davon bis Petrosk die Engländer, Amerikaner, zum Teil auch die Italiener, bereits vorgedrungen sind. In ihrem Solde stehen auch rote Garbisten-Russen. Daß sie weiter vordringen werden, ist nicht recht anzunehmen. Das Klima und die sonstigen Verhältnisse stellen sich dem entgegen.

## Die Ostfragen

**Sodann ergriff Vizekanzler von Payer das Wort:** Die staatsrechtlichen Verhältnisse im sogenannten Baltikum Kurland, Livland und Estland konnten bis jetzt nicht geregelt werden. Erst in den vor einigen Wochen ratifizierten Nachträgen zum Friedensvertrage von Brest-Litowsk gab Rußland seine Zustimmung zu der Unabhängigkeit dieser Länder. Unser Wunsch ist, mit ihnen in guten freundnachbarlichen Verhältnissen zu leben. Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung der Länder liegt in ihrer Hand. Nach unserer Ansicht wird den beiderseitigen Interessen am besten Rechnung getragen, wenn wir uns mit ihnen zunächst über die Konventionen verständigen, die nötig sind, um die beiderseitigen staatsrechtlichen Beziehungen zu regeln.

**Ueber die Form der künftigen**

**Regelung des Baltikums**

**gehen die Meinungen dort wie in Deutschland weit auseinander. So sprechen gegen die vielgelobte und vielgetadelte Lösung in Form der Personalunion mit Preußen vom Standpunkte des Reiches aus mancherlei politische Gründe, so daß diese Lösung keineswegs als feststehend angesehen werden kann.**

Die Regelung der Verhältnisse in Litauen ist leider nicht mit der erhofften Schnelligkeit vor sich gegangen. Die sogenannten Randstaaten wollen von Rußland los, und Rußland hat ihnen dies genehmigt, sie wollen auch nicht an Rußland zurück, irgendwo aber müssen sie Anschluß suchen. Sie wollen nun an Deutschland. Wir können es nachträglich nur begrüßen, daß sie von Rußland abgetrennt sind und unsere Heimat, statt sie zu bedrohen, schützen helfen. Noch sind ja alle diese Dinge in einem gewissen Fluß, das trifft auch für Polen zu. Nicht mit unrecht hat Staatssekretär Dr. **Solf** neulich den Brest-Litowsker Friedensvertrag als eine Art Rahmen bezeichnet. Wieviel innerhalb desselben noch zu geschehen ist, geht aus meinen heutigen Ausführungen hervor und die abgeschlossenen, wie die noch laufenden Verhandlungen zwischen Rußland und uns beweisen, daß auch hier auf der bestehenden Grundlage weiter gebaut werden muß und wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch die irgend einmal ja doch eintretenden Verhandlungen mit den Westmächten noch direkten Anlaß zur Erweiterung und Vertiefung auch dieses Vertrages werden. Verfehlt wäre es aber, die Verträge als solche, also auch so weit sie die Beziehungen zwischen den Vertragsschließenden regeln, ohne Not der Einmischung uns feindlicher Elemente preiszugeben.

Vorerst glaube ich denken unsere Feinde überhaupt nicht an Vernunft und Frieden, sondern berauschen sich an dem Gedanken unserer Zerschmetterung. Sollten sie dereinst soviel Einsicht, Selbstbeherrschung und Selbstlosigkeit zeigen, daß wir ihnen, unbeschadet unserer Interessen, die Mitwirkung bei den Fragen gestatten können, die sie, wenn überhaupt nur indirekt berühren, können wir uns ja immerhin mit denen, die neben uns beteiligt sind, darüber verständigen, ob wir dann uns mit unseren derzeitigen Feinden auch über diese Frage unterhalten wollen. Bis dahin aber glaube ich, handelt eine verantwortliche Regierung, die mehr mit Tatsachen, als mit der Hoffnung auf das Gerechtigkeitsgefühl und das Wohlwollen unserer etwas robuster und rücksichtsloser angelegten Feinde rechnen muß, pflichtbewußter, wenn sie den alten Satz nicht vergißt: „Suchet zu halten, was Du hast."

Zum Schluß ergänzte General von Wrisberg seine Ausführungen über die militärische Lage durch Mitteilungen über den Stand der Operationen in Mesopotamien und Persien.

Alsdann wird die Aussprache auf Mittwoch vormittag vertagt.

*

Nach Schluß der Verhandlungen des Hauptausschusses traten die einzelnen Fraktionen zu Sitzungen zusammen.

## Der bestrafte Kronprinz

**Jassy, 23. Sept. (Amtlich.)** Kronprinz Karol ist vom König als Oberbefehlshaber der Armee wegen Vergehen gegen die militärischen Vorschriften mit 75 Tagen Arrest bestraft worden. Der Strafvollzug hat gestern bereits begonnen. Die mit diesem Vergehen in Verbindung stehenden Handlungen werden zunächst auf ihre Gültigkeit geprüft, um die Folgen kurteilen zu können. Dann werden Maßnahmen ergriffen werden, wie es die Interessen des Landes und der Dynastie erfordern.

## Der Ueber-Wilson

Die vielgenannten 14 Punkte Wilsons erschienen jedem Deutschen, der den Namen verdient, schon als ein Ausfluß Washingtoner Größenwahns, den nur die gänzliche Unwissenheit des Professors Wilson über alle europäischen Dinge halbwegs erklärlich machen könne. Selbst unsere Sozialdemokraten lehnten sie als durchaus unmögliche Zumutungen an das deutsche Volk ab. So schrieb die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz": „Die Annahme der Wilson-Bedingungen bedeutet das Ende der deutschen Wirtschaftsentwicklung und der deutschen Arbeiterbewegung; beraubt des lothringischen Erzgebiets, das der deutschen Eisen- und Metallindustrie vier Fünftel des wichtigsten Rohstoffes liefert, ausgeschlossen von den tropischen Rohstoffquellen, zerhackt und verstümmelt im Osten und Westen, würde Deutschland einer jahrzehntelangen schweren Wirtschaftskrise verfallen, die selbst die festesten Verbände zertrümmerte; das Ende mit Schrecken bedeutet einen Schrecken ohne Ende". — Sogar unseren Feinden, soweit sie nicht ganz vom Rebanchewahnsinn ergriffen sind, schien es hinreichend als Strafe Deutschlands und Bürgschaft für die Zukunft, wenn es seines Reichslandes mit den weitrheinischen Bodenschätzen, der Ostprovinz, der Nordmark, der Kolonien beraubt, eingeschnürt in zu enge wirtschaftliche und nationale Grenzen, zu dauernder Verkümmerung und Ausbluterung verurteilt würde. Es sind das ja in der Tat Bedingungen, die Wilson kaum stellen dürfte, wenn er an der Spitze eines siegreichen Heeres etwa an der Weser oder Elbe stände, statt daß unsere unbezwungene feldgraue Mauer eine starke Stellung auf französischem Boden erfolgreich hält. Die 14 Punkte Wilsons schienen trotz ihrer Unsinnigkeit auch das Schlagwort unserer Feinde zur Beantwortung der Friedensnote Burians werden zu sollen. Das war der beste Beweis, wie verfehlt der Schritt des österreichischen Ministers des Aeußern sachlich und in der Form im gegenwärtigen Augenblick jedenfalls war. Selbst der Sozialdemokratenführer Scheidemann, der doch gewiß sehr geneigt gewesen wäre, auf die Burianske Anregung einzugehen, mußte schon nach Bekanntwerden der ersten feindlichen Antworten zugeben, „daß es um Tod und Leben, um das Schicksal unserer Kinder und Kindeskinder geht."

Doch des Bild hat sich schon wieder geändert. Das Programm der 14 Punkte genügt Wilson heute nicht mehr. Er, der fern von den furchtbaren Kämpfen der Westfront in Washington im Luxus des Weißen Hauses ein behagliches Dasein führt, mit die Millionen in Frankreich noch wilder in das Messermorden hineinpeitschen, indem er die Vernichtungswut der Engländer und den Rachedurst der Franzosen noch weiter entflammt. Aus dem bequemen Klubsessel heraus dekretiert der Kriegsspekulanten-Präsident jetzt: „Selbst wenn Oesterreich morgen käme, um zu erklären, daß es alle 14 Punkte meines Friedensprogramms (also auch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Schriftleitung) annimmt, müßte ich auf meinem Standpunkt stehen bleiben: Wir haben einen vollständigen Sieg nötig, und Besprechungen können nicht zugelassen werden." Und womit begründet der häufige Diktator des „freien Landes" seinen Cäsarenwahnsinn? „Wir können dem Wort unserer Feinde nicht glauben; wir brauchen etwas mehr als das Versprechen, daß sie Wort halten wollen; es muß ihnen unmöglich gemacht werden, ihr Wort zu brechen." — Also Wilson, dessen gesamte Politik während des Krieges, dessen angebliche Neutralität, dessen Protestnoten nichts waren als eine heimtückische Heuchelei, ein fortgesetzter planmäßiger Wortbruch der vertrauensseligen deutschen Regierung gegenüber; er betont nun, er könne uns keinen Glauben schenken! Es fehlt der deutschen Sprache das Wort, um solchen Gipfel von hanksemäßiger Verlogenheit gebührend zu kennzeichnen. Es würde dem Diktator-Menschenschlächter ja selbst schwer, in klaren Worten zu sagen, was er denn eigentlich von uns verlangt. Darauf kommt es ihm aber auch gar nicht an. Heben bis zur Weißglut des Wahnsinns, das allein ist noch Wilsons Programm. Und er erreicht augenblicklich auch seinen Zweck. Die Pariser Presse in ihrem Siegestaumel greift seine blutigen Phrasen auf: „alle Bundesgenossen sollen Wilsons neuester Erklärung zustimmen; tatsächlich sei kein Vertrag mit den Feinden von Wert, wenn diese hart genug bleiben, ihn brechen zu können." — Mit Genugtuung wird der zwanzigmalige Diktator von diesem Widerhall seiner Worte Kenntnis nehmen. Was kümmert es den Ueber-Wilson, wenn unter seiner Hetze das französische Volk verblutet und Frankreich zugrunde geht!

## Wallraf auf Urlaub

**Berlin, 24. Sept. Der Staatssekretär des Innern Staatsminister Wallraf, der vor zwei Jahren einen schweren Unfall erlitten hatte, hat sich wegen einer Verschlimmerung seines Augenleidens genötigt gesehen, einen Urlaub, der voraussichtlich zwei bis drei Wochen dauern wird, heute anzutreten.**

## Zu den sozialdemokratischen Mindestforderungen

**Berlin, 25. Sept. Das „B. Tagebl."** hatte gestern abend berichtet, daß die Zentrumsfraktion den **Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** und des **Parteiausschusses** fast einstimmig abgelehnt habe. Die „Germania" meldet von einem solchen Beschlusse nichts. Nach den Informationen des „Vorwärts" nimmt man in der Zentrumsfraktion allerdings an einem Punkt der aufgestellten Mindestforderungen, einem sehr wichtigen, Anstoß. Ist das der Fall, sagt das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, so wird die Verwirklichung des Planes, für den das beschlossene Mindestprogramm die Bedingungen aufgestellt habe, bis zu dem Zeitpunkt verschoben werden müssen, zu dem diese Bedenken überwunden sind. — Die Debatte geht heute mit den Reden der Parteivertreter weiter. Von sozialdemokratischer Seite sind die Genossen **Scheidemann** und **David** vorgesehen. Man könne, schreibt der „Vorwärts", sagen, daß sich durch die gestrigen Reden die Kluft zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung nur noch verbreitert habe.

## Ein deutscher Protest in Moskau

**Berlin, 23. Sept. (W. T. B.)** Wie wir erfahren, hat der Generalkonsul in Moskau bei der Räteregierung dagegen Protest erhoben, daß eine große Anzahl von Reichsangehörigen und Schutzgenossen von den russischen Behörden verhaftet worden sind, ohne daß ein erkennbarer Grund zu dieser Verhaftung Anlaß gegeben hätte, und daß fast mehrfache und dringende Anfragen über den Grund dieser Verhaftungen und über das Schicksal der Betroffenen seitens der zuständigen Behörden nur in den allerseltensten Fällen eine Antwort erteilt worden sei. Besonders ist in dem Protest hervorgehoben, daß zwei dem Schutze des Generalkonsulats unterstehende Polen ohne vorherige Mitteilung erschossen worden sind, obwohl das Generalkonsulat sich gerade nach dem Schicksal dieser beiden Verhafteten erkundigt hatte.

## Türkischer Heeresbericht

**Konstantinopel, 23. Sept. Tagesbericht. Palästina-front: Gesichtet geleitete Nachhutkämpfe sichern uns die Durchführung unserer Maßnahmen beiderseits des Jordans. — Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191809251-18/fragment/page=0002

# Zum englischen Verleumdungsfeldzug gegen Deutsch-Südwestafrika

**Die Engländer versuchen jetzt mit allen Kräften die neutrale Welt davon zu überzeugen, daß Deutschland moralisch das Recht verwirkt habe, Kolonien zu besitzen. Zu diesem Zweck verbreitet Reuter in der neutralen Presse bereits Ausgüsse aus einem englischen Blaubuche. Die nachstehende Zuschrift zeigt, auf welch schwachen Füßen die englische „Beweisführung" steht.**

Die von England neuerdings verbreiteten Nachrichten über deutsche Eingeborenenmißhandlungen in Deutsch-Südwestafrika werden in Deutschland mit Ruhe aufgenommen. Alle Welt weiß, daß England um Verleumdungen und Hetzlügen niemals verlegen ist, wenn es einem anderen Volke sein Land abnehmen will. England, das sein Weltreich mit so viel Gewalttaten begründet hat und dessen Kolonialgeschichte die blutigste von allen Kulturvölkern der Neuzeit ist, hat am allerwenigsetn Recht und Anlaß, auf den Splitter in des Nächsten Auge zu weisen. Die deutsche Kolonialverwaltung hat stets die Eingeborenen als das wertvollste Aktivum der Schutzgebiete bezeichnet und behandelt. Insbesondere in Deutsch-Südwestafrika sind dank einer geordneten deutschen Rechtspflege Ausschreitungen Weißer gegen Eingeborene erfreulicherweise sehr selten vorgekommen. Kamen sie vereinzelt vor, so sorgten die Gerichte und die Verwaltungsbehörden dafür, daß Verfolgung und Bestrafung nach den Bestimmungen des auch in unseren Kolonien geltenden deutschen Strafgesetzbuches erfolgte. Der von den Engländern angeführte Erlaß des Gouverneurs Seitz vom Jahre 1912 liefert hierfür gerade einen Beweis. Die englische Presse erwähnt aus diesem Erlasse nur die Bemerkung, es seien Uebergriffe Weißer gegen Eingeborene vorgekommen, verschweigt aber die Hauptsache, daß der Erlaß an alle Staatsanwälte des Schutzgebietes die Aufforderung richtete, bei etwaigen körperlichen Mißhandlungen der Eingeborenen durch ihre weißen Dienstherren auf energische Verfolgung und Bestrafung der schuldigen Weißen bedacht zu sein. Den Anlaß zu dem fraglichen Erlaß bildete ein Strafverfahren gegen einen Farmer, der einen Eingeborenen mit einer Peitsche schwer geschlagen hatte und deshalb von dem Kaiserlichen Bezirksgericht Windhuk zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Das von dem englischen Administrator von Deutsch-Südwestafrika veröffentlichte Blaubuch behauptet nach neutralen Pressemeldungen, die Deutschen hätten die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas unter Verletzung der Schutzverträge ihres Landes beraubt. Die Wahrheit ist, daß englische Wander-Händler und Agenten seit Mitte der 90er Jahre die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas planmäßig gegen die deutsche Herrschaft aufgehetzt, sie mit Feuerwaffen und Munition versehen haben und ihnen Englands Hilfe im Fall eines Aufstandes versprachen. Als dann die Hereros und Hottentotten im Jahre 1904/06 sich erhoben, wurde nach Beendigung des Aufstandes das Land der Aufständischen für Kronland erklärt und mit Deutschen besiedelt.

Die von dem englischen Blaubuch behaupteten Zahlen der Verluste der Eingeborenenstämme sind rein erfunden, da eine Volkszählung der Eingeborenen vor dem Aufstande nie stattgefunden hat, und liefern außerdem ein glänzendes Beispiel der Unwahrhaftigkeit amtlicher englischer Berichterstattung. Das englische Blaubuch behauptet nämlich, die Bergdamaras hätten vor dem Aufstand 30 000, nach demselben nur 12 800 Seelen gezählt. Die Bergdamaras waren aber überhaupt nie aufständisch!

Das Blaubuch behauptet nach holländischen Pressemeldungen weiter, die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas werden wie Sklaven behandelt und zur Arbeit gezwungen. Die Wahrheit ist, daß in Deutsch-Südwestafrika durch die bekannten Eingeborenen-Verordnungen von 1906 die Freiheit des Arbeitsvertrags gewährleistet ist und daß die Behörden von Amts wegen darüber wachen, daß die Eingeborenen ihren Lohn erhalten. Auch bei dieser Verleumdung handelt England nach seiner alten Gewohnheit, Andern das anzudichten, was es selbst Schlechtes tut. So berichtet z. B. der englische Eingeborenenkommissar Both an den Gouverneur von Westaustralien in einem Bericht über die Lage der dortigen Eingeborenen 1905:

„Es sind 369 Arbeitskontrakte mit Eingeborenen bekannt, von denen nur 59 die Zahlung eines Lohnes festsetzen. Kein einziger Eingeborener der nordwestlichen Distrikte Westaustraliens erhält Lohn."

Dieselben sklaverähnlichen Zustände bestehen noch heute in vielen englischen Besitzungen.

Die englische Behauptung, die Eingeborenen in den deutschen Kolonien werden nicht durch ordentliche Gerichte abgeurteilt, beruht auf Unkenntnis. Der ordentliche Eingeborenenrichter in den deutschen Schutzgebieten ist der Bezirksamtmann, der in seiner Eigenschaft als Eingeborenenrichter unabhängig Recht zu sprechen hat nach den deutschen Gesetzen unter Berücksichtigung der Sitten und Gewohnheiten der Eingeborenen.

Es ist unwahr, daß die Familien der Eingeborenen durch die Behörden Deutsch-Südwestafrikas getrennt worden seien. Im Gegenteil, auf die Familiendande wurde die größte Rücksicht genommen, da dies im Interesse der Seßhaftigkeit und Zufriedenheit der Eingeborenen und damit auch im Interesse der Verwaltung und der Arbeitgeber gelegen ist. Zu der englischen Behauptung, die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas wollen lieber unter englischer als unter deutscher Herrschaft leben, sei daran erinnert, daß die Engländer, die angeblich als Befreier der Eingeborenen nach Südwest kamen, schon im Jahre 1916 einen blutigen Aufstand der unter deutscher Herrschaft stets friedlichen Ovambos und eine Erhebung der Bondelswarts-Hottentotten erlebten. Beide Unruhen mußte die englische Militärverwaltung mit Waffengewalt niederwerfen, was sie vor der deutschen Bevölkerung des Schutzgebietes ängstlich zu verheimlichen suchte.

Der Zweckd der englischen Verleumdungen geht klar aus dem in der holländischen Presse wiedergegebenen Satz des englischen Blaubuchs hervor: „Die Gesinnung der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika ist allgemein gegen die Rückgabe der Kolonie an Deutschland"". Das scheinheiligae England findet ja immer einen humanen Grund zur Rechtfertigung seiner Eroberungsabsichten.

# Der Bauer unter dem Bolschewikiregiment

Die russische Räte-Regierung gibt sich bekanntlich als eine der Bauern und Proletarier aus. Beiden Bevölkerungsklassen soll es wohlergehen auf zuffischer Erde, und der Bourgeois soll die Zeche bezahlen. Allein es wird schon jetzt klar, daß der Bauer, weit entfernt dem Zustande materieller Glückseligkeit entgegengeführt zu werden, wiederum genau so wird Haare lassen müssen, wie es ihm unter zarischen Regierungen ergangen ist. Denn neben dem roten Terror, den die Bolschewisten mit unerhörter Grausamkeit gegen politische Widersacher verüben, die einfach als „Gegenrevolutionäre" bezichtigt und täglich zu Hunderten erschossen werden, neben dem Terror mit der Waffe, wird ein papierener Terror gehandhabt, bei dem es letzten Endes dem bäuerlichen Kleinbesitz an Kopf und Kragen geht. Der Bauer ahnt auch schon, was kommen wird, und rafft und spart zusammen, was ihm die Gunst der Stunde noch ermöglicht, für — nachher, wenn neue Machthaber anderweitig über ihn verfügen werden. In der „Kreuzzeitung" liest man darüber Belehrsames von einem, der die Dinge an Ort und Stelle kennen gelernt hat.

Auch auf dem Lande werden, wo irgend antibolschewistische Herde zu entstehen drohen, diese in ihren ersten Anfängen blutig erstickt. Die Ausführung ihres „Agrarprogramms" bewirkt nun die Räte-Regierung im Wege der Verfügungen mit der gleichen Rücksichtslosigkeit. So sind an die Räte in der Provinz und auf dem flachen Lande Erlasse ergangen, denen zufolge alle noch vorhandenen „Gutsbesitzer" von ihren Gütern entfernt werden sollen. Den Begriff „Gutsbesitzer" legt dann die örtliche Ratsorganisation ganz nach ihrem Belieben aus und erfaßt unter ihm in der Mehrzahl die kleinen Hofbesitzer, da die größeren, wirklich als „Gutsbesitzer" anzusprechenden, meist schon während der Revolution vertrieben oder geflüchtet sind. Diese kleinen Hofbesitzer werden nun von Haus und Hof verjagt, um Heim, Wohnungseinrichtung, landwirtschaftliche Geräte, Kleidung und Wäsche gebracht. Ohne Geldmittel strömen sie nach Moskau, um dort dann als lästige Arbeitslose wiederum polizeilich abgeschoben zu werden. — Das Allheilmittel für den Bauernstand soll nach bolschewistischer Weltanschauung der Kommunismus abgeben. Der wird denn nun mit aller Macht gefördert. Die Räte-Regierung unterstützt die Bildung von Landkommunen aller Arten auf das ausgiebigste. Die werden in der Weise eingerichtet, daß sich mehrere Bauern oder andere Leute auf dem Lande zusammentun und erklären, sie bildeten eine Kommune, in die sie mit ihrem Land und Eigentum eintreten. Haben sie von keinem etwas, so gibt ihnen die Regierung Land und nicht unbeträchtliche Geldunterstützungen, um Inventar und Saatgetreide anzuschaffen. Das Geld wird aber meist gar nicht dementsprechend verwendet, ein großer Teil wird unterschlagen, ein anderer nutlos vertan. Viele Kommunisten lassen den Acker unbestellt. Wo die Bauern Ernteerträge erzielt haben (und die Ernte in Großrußland ist durchweg günstig ausgefallen), geben sie, ungeachtet der ungeheuerlichen Lebensmittelnot in den Städten, an diese freiwillig nichts heraus oder doch nur gegen höchste Preise, und das gelöste Geld legen sie auf die hohe Kante. Das könnte ja nicht wenigen auf die Dauer so recht passen. Indessen die Regierung plant schon, das Getreide und die bevorstehende Kartoffelernte als Staatseigentum zu erklären, so daß sich der fleißige Bauer von seiner Regierung betrogen sehen wird, was einen Bauernsturm entfesseln muß. Um so mehr, als der Bauer selbst die ganze Arbeit mit den Seinen zu verrichten hat, denn dem Kommunisten und auch sogar dem Eigenbesitzer ist es bei strenger Strafe verboten, irgendwelche Lohnarbeiter zu verwenden. Hinzu kommt, daß die Bauernsöhne, die daheim in der Landwirtschaft so sehr nützen könnten, es vielfach vorziehen, faule Tage in der Großstadt als gutbezahlte Notgardisten zu verleben, und dem Verlangen der Väter, heimzukehren, sich verschließen. Das hat dazu geführt, daß die Dorfgemeinden den jungen Burschen angekündigt haben, sie würden sie aus ihrer Mitte ausschließen und bei dereinstiger Rückkehr — in Rußland fackelt auch der Bauer jetzt nicht mehr lange — glatt erschießen.

Ein weiterer Haken in der doppelten Begflückungsmethode nach Bolschewikigrundsätzen, am Bauer und am Stadtproletarier, ist, daß die beiden Klassen aufeinander wütend eifersüchtig geworden sind, besonders in der Moskauer Gegend, wo große Fabriken in der Nähe von Bauerndörfern bestehen. Die Bauern neiden den Arbeitern in der Stadt ihre riesigen Löhne, die sie bei denkbar kurzer Arbeitsleistung einstreichen, und die Stadtproletarier üben fortgesetzt einen Druck auf die Räte aus, daß die Bauern, die sie als im fetten Besitz schätzen, ihre Erzeugnisse zu den im Verhältnis zu den Markt- und Gestehungspreisen sehr niedrig angesetzten „festen Preisen" bedingungslos hergeben sollen. Nicht minder erregte es die Bauern, daß sie von ihrer Kartoffelernte nur 9 Pud auf Jahr und Kopf sollen behalten dürfen, alles andere aber an die Städter abliefern müssen. Man sieht, auch im Bolschewikiparadiese wird der Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht ausgelöscht. Unter allen diesen Umständen sind denn nur die Besitzlosen und die faulsten Landleute für die allgemeine Aufteilung im Innern zu haben. Die etwas haben und etwas sind, sehen dem morgen sehnsüchtig entgegen, da wieder auf schlecht und recht „bürgerlich" regiert werden wird. Da ist guter Rat teuer — bei der Rats-Regierung!

## Mohammedaner-Aufruhr in Kalkutta

Einer „Times"-Meldung aus Kalkutta zufolge ist dort infolge einer schon lange unter den Mohammedanern betriebenen Wühlerei ein Aufruhr ausgebrochen. Die unmittelbare Ursache war ein Artikel eines englischen Blattes, der als Beleidigung des Islams aufgefaßt wurde. An einer Stelle feuerte die Polizei auf die Aufrührer, tötete einen der Anführer und verletzte mehrere Personen.

---

11] Nachdruck verboten.

# Feind hinter der Front!

**Roman von Margarete von Oertzen-Fünfgeld.**

Die Werbung Busso Lietzows, der bisher gar nicht an sie gedacht, bis die stolzen Aufregungen der Mobilmachungswoche die seltsamsten Umwälzungen in den ruhigsten Menschen bewirkten.

Er hatte mal ihr schickes seidenes Badekostüm bewundert, das war alles. Es war wie eine Schlangenhaut gewesen und gliterte in tiefenfallenden, dichten Falten um ihre weißen, vom Meer umspülten Glieder.

Busso hatte sonst mit dem schweren pommerschen Schlag verkehrt, mit den hochblonden, stämmigen, laut sprechenden Riesinnen mit ihren unverdorbenen Figuren, die gern etwas in die Breite gingen — Prachtmädel nannte Dore sie.

Dore selbst aber sprach leise, lag gern im Sande und war — wie Busso allen Ernstes damals wegwerfend behauptete — ein unnützes Geschöpf.

Er übte ewig Kritik an ihr. Was ihn nicht hinderte, am ersten Mobilmachungstag kategorisch ihr Jawort zur Ehe zu fordern. So daß sie sagte: „Sie befehlen mir also, Sie zu heiraten?"

Es war gerade die richtige Art, sie zu gewinnen. Begeisterung, Liebe, der gefährliche Trieb, der alles, was da atmet, dem Unbekannten entgegenführt, warfen das „unnütze Geschöpf" dem Mann in die Arme, der in einer ihr ganz fremden Erde wurzelte — die Rebenblüte aus süddeutschen Weinbergen dem Krautjunker der schweren Scholle.

Die beiden fühlten es nicht. Sie schwelgten in ihrer Verschiedenheit, sie waren ein Ehepaar von vierundzwanzig Stunden. —

Das Bewußtsein: Morgen ist es aus, steigerte ihre Seligkeit zu schmerzhaftem Entzücken . . .

Dore wußte wirklich nicht mehr, wie Busso eigentlich fortgekommen war.

Mama hatte es durchgesetzt, das letzte Wort mit ihm zu haben, ihr langjähriges Eigentumsrecht geltend zu machen — dann hielt sie Dore fester als nötig an der Hand: „Du bleibst natürlich bei uns."

Und alle Leute auf dem Hofe, vom Inspektor bis zum Hütejungen, betrachteten sie mit verstohlener Neugier, der noch etwas anderes beigemischt war, das ihr das Blut in die Wangen trieb — ja, sogar der gute, alte Papa, der so ritterlich war, so ein bißchen verliebt in die reizende Schwiegertochter, wie alte Herren gern zu sein pflegen und sich dabei zufrieden fühlen.

Aber Mama sah Dore immer so an, als erwarte sie von ihr, daß sie ganz anders sei, als sie nun einmal war.

Als man nun ausfuhr, Besuche in der Nachbarschaft zu machen, war Mama oft steif und mißbilligte Dores Kleidung, ihren Schritt, die süddeutsche Klangfarbe ihrer Sprache. Es kam vor, daß sie auf stundenlanger Wagenfahrt kein Wort mit Dore sprach. Sie tadelte sie nie direkt. Aber sie ließ sie durch kaltes Benehmen und einen gelegentlichen Nadelstich fühlen, wie sehr ihre ganze Natur sich auflehnte gegen dieses Kind eines anderen Landstriches.

Dore fühlte sich wie in der Fremde.

Und je ritterlicher Papa wurde, desto öfter ertönte der Schwiegermutter zurechtweisendes „Papa liebt das nicht".

Dore erinnerte sich sehr wohl einer kleinen Episode von damals: Sie hatte den Kaffeetisch mit einem auserlesenen und mit viel Geschmack und Verständnis zusammengestellten Feldblumenstrauß geschmückt. Es war ein Buffett voll Honig und Süße, so, als schwärmten noch die Bienen darin. Papa klopfte sein Schwiegertöchterchen auf die Schulter: „Sehr hübsch, mein Kind." —

Bevor man sich aber noch zu Tische setzte, entfernte Mama höchst eigenhändig den Strauß und füllte die Vase mit Gartenblumen. Und das alles geschah schweigend, aber prompt.

Dore fühlte, daß stummer Widerstand aufänder und niederschlagender ist als offene Feindseligkeit. Sie wurde blaß und unsicher. Ihres Amtes war, jeden Morgen dreißig Blattpflanzen zu begießen, die in der Halle im Treppenhause und in einem fast nie benutzten Salon ein sehr stilles Dasein fristeten. Sie kamen ihr so kalt und starr vor und so einsam; ihr Zweck war nicht ersichtlich: denn diese Räume betrat selten jemand — man bewohnte meist Papas Jagdstube, und die war sehr gemütlich, und Fächerpalmen duldete er keine darin.

Nun, Mama sah jeden Morgen die Blumentöpfe nach: entweder sie goß sie in stiller Empörung noch einmal, oder wenn Dore ihnen dann am nächsten Morgen mehr Wasser gab, nur um es rechtzumachen, nahm Mama die irdenen Untersätze, Stück für Stück, und leerte sie zum Fenster hinaus.

Dore würgte die ohnmächtige Erbitterung hinunter. Ihr fröhliches Geplauder verstummte; denn Mama sagte: „Papa liebt das nicht."

Aber Papa wußte nichts davon. —

Ueber die Briefe aus dem Felde, die Dore bekam, wachte Mama mit Argusaugen. —

Dore konnte sie wirklich nicht alle zeigen . . .

Nach einer gekränkten Szene hat sie Busso: „Schreib' doch Mama öfter und richte deine Briefe an mich so ein, daß alle sie lesen können." . . .

So wurden die Briefe Gemeingut, das von Hand zu Hand wanderte; nur selten lag ein Zettelchen bei mit dem Vermerk: „Nur für dich."

Diese Zettel waren das einzige, das Dore an die vollendete Tatsache erinnerte, daß sie einem Menschen auf der Welt näher stand als allen anderen; daß zwischen ihnen noch besondere Beziehungen bestanden, die auch die Eifersucht einer Mutter nicht aus dem Wege räumen konnte. —

Die Nachbarn kamen und staunten die junge Frau an. Und da die „Jungens" alle im Felde waren, gab es nur ältere, alte und ganz alte Leute.

Alt, wie die kleine Nachbarstadt, in der die Einkäufe besorgt wurden und auf deren holperigem Pflaster die Zeit stehengeblieben war.

Dore hatte immer das Mittelalter geliebt, alte Straßen und Häuser und Türme und liebe, alte Menschen — aber hier schien ihr's, als sei sogar die Natur nicht mehr die junge, blühende von früher. Alles, was da wuchs, rang sich schwer aus dem sandigen Boden oder aus der starren, harten Lehmkruste. Und immer ging der Wind — und immer fegten die Wolken — und immer hatte Mama Dienstbotennot. Das einzige, was die rasche, alte Dame interessierte, war ihr Garten — und Dore mußte stundentagelang auf den Knien umherrutschen und Unkraut ausreißen oder die harte Erde mit den Händen zerbröckeln: denn in Kriegszeiten gab es keinen Gärtner.

Dore sollte sich auch in der Wirtschaft betätigen, im Innen-Haushalt; denn für das Gut war die Mamsell da, die freilich alle vier Wochen fast wechselte. Bei einem geringen Versehen aber nahm Mama Dore alles wieder ab und rasselte vorwurfsvoll mit dem Schlüsselbund vom Keller zum Boden und vom Boden in die Küche.

Dore wurde mager, abgehetzt und verzweifelt still. Sie überlegte, wie sie es diplomatisch anfangen könne, um nur ein paar Wochen „heim" zu kommen.

Daheim lebte nur noch ihr „Tantele", das sie großgezogen hatte. Allmählich bemächtigte sich ihrer ein krankhaftes Heimweh. Und je mehr das an ihr nagte, desto mehr verschloß sie sich nach der Außenwelt hin.

Der gute, alte Papa, der um des lieben Friedens willen gern den Schein duldete, entfachte unter dem Pantoffel zu sein, führte zwischen den beiden feindlichen Mächten ein nicht sehr beneidenswertes Dasein. Und doch war er für Dore kein Pantoffelheld, sondern der Kluge, der nachgibt. Er hatte seine Frau sehr jung geheiratet, sie verwöhnt und gehätschelt, kindliche Unarten mit milder Nachsicht vertuscht. Mit den Jahren aber forderte der sich allmählich verknöchernde Charakter dies alles als sein gutes Recht. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191809251-18/fragment/page=0003

# Aus Halle und Umgebung

Halle, 25. September.

### Einheitliche Kriegsanleiheversicherung für Heeresangehörige

Seit Einführung der Kriegsanleiheversicherung im Frühjahr 1917 hat die Beteiligung der Heeresangehörigen an dieser Form der erleichterten Zeichnung mit jeder Anleihe an Umfang zugenommen. Die militärischen Behörden standen der Einrichtung von Beginn an wohlwollend gegenüber. Ihrer guten Absicht, die private Werbetätigkeit amtlich zu unterstützen, legte jedoch die Verschiedenartigkeit der Tarife und Versicherungsbedingungen Schwierigkeiten in den Weg, die mit der Zahl der beteiligten Gesellschaften wuchsen. Immer dringender machte sich mit der Zeit das Bedürfnis nach einer einheitlichen Gestaltung der Kriegsanleiheversicherung für unsere Feldgrauen geltend. Es haben sich nun vor einigen Wochen zehn deutsche Lebensversicherungsgesellschaften zu dem Deutschen Kriegsanleiheversicherungs-Verband zusammengeschlossen, der die Kriegsanleiheversicherung für Heeresangehörige auf eine einheitliche Grundlage stellt. Die Versicherungsreform dieses Verbandes ist eine auf 12 Jahre abgekürzte Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung und ohne Wartezeit; alle Altersstufen zwischen 17 und 50 Jahren zahlen die gleiche Prämie; die Kriegsgefahr ist ausgeschlossen.

Beteiligt sind an dem Verband nachstehende Gesellschaften: Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein A.-G. in Stuttgart; Deutsche Lebensversicherungsbank „Arminia" Aktiengesellschaft in München; „Atlas" Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft Ludwigshafen a. Rh.; Frankfurter Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M.; Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Hamburg; „Iduna", Lebens-, Pensions- und Leibrentenversicherungs-Gesellschaft A.-G. in Halle a. S.; Nürnberger Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin; Versicherungsgesellschaft „Thuringia" in Erfurt; „Wilhelma", Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Magdeburg.

Der Verband hat bereits die Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsrats für Privatversicherung erhalten. Der Betrieb dieser für unser Heer bestimmten Versicherung erfolgt auf gemeinsame Rechnung der beteiligten Gesellschaften nach einem vereinbarten Verteilungsplane. Daneben bleibt es den einzelnen Gesellschaften überlassen, ihre eigenen Einrichtungen für die allgemeine Kriegsanleiheversicherung nach ihrem Ermessen weiterzuführen.

Es steht zu erwarten, daß der Deutsche Kriegsanleiheversicherungs-Verband die Beteiligung unseres Heeres an der 9. Kriegsanleihe wesentlich steigern und somit zu einem stattlichen Gesamtergebnis der Anleihe beitragen wird.

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich bei der Preußischen Lebens-Vers.-Akt.-Ges., Berlin W. 8, Mohrenstr. 2.

— **Der Wunsch nach wasserdichtem Schuhwerk** drängt sich in dieser Zeit besonders lebhaft auf; denn der Herbst mit seiner Feuchtigkeit rückt heran. Mancher Vorsichtige hat daran gedacht, sich ein Paar derbe Stiefel oder ein leniges Stück Leder zurückzulegen; aber nur die wenigsten haben „Beziehungen", und selbst die Voraussberechnungen der eifrigsten Hamster wirft die Dauer des Krieges über den Haufen. Leder gehört in erster Linie den kämpfenden Truppen; für die Zivilbevölkerung ist jetzt schon eine empfindliche Lederknappheit eingetreten. Diese wird sich täglich verschärfen und wird nach Friedensschluß noch Jahre hindurch anhalten. Deshalb hat die Reichsregierung schon seit vielen Monaten eine dem Reichswirtschaftsamt unmittelbar unterstellte Kriegsorganisation eingerichtet, die nichts anderes zu tun hat, als Ersatzstoffe für Sohlen auszuprobieren, bevor sie in den Verkehr gebracht werden. Das Wort „Ersatz" hört niemand gern; in diesem Falle darf man aber doch Vertrauen dazu haben. Die emsige Arbeit der deutschen Technik hat einen Ausweg auch aus der Sohlennot gefunden. Es sind jetzt bereits Ersatzsohlen im Verkehr, die zwar nicht alle bequemen Eigenschaften des Leders besitzen, aber in dem Wichtigsten, Wärme und Wasserdichtigkeit, dem Lederstoffe nichts nachgeben. Eisenfilzsohlen (leichtes Holz und Lederabfälle) und Holzhalbsohlen haben sich bereits in Stadt und Land gut bewährt; das heißt, wenn sie sachgemäß verarbeitet worden sind. Dieser Punkt ist so wichtig, daß die erwähnte Kriegsbehörde in Berlin sogar eine eigene Lehrwerkstätte für die Verarbeitungsweise der Ersatzsohlen errichten mußte, in der Schuhmacher aus allen Gegenden Deutschlands sich mit der Holzsohlenverarbeitung vertraut gemacht haben. Sie haben in der Heimat die neuerworbenen Kenntnisse auch an ihre Fachgenossen weitergegeben. Nur Vertrauen gefaßt zu den Kriegssohlen! Wer sie trägt, ist vor nassen und kalten Füßen sicher.

— **Teilweise Freigabe des Eierverkaufs.** Der preußische Staatskommissar für Volksernährung hat eine Verordnung erlassen, worin es heißt: Die im laufenden Wirtschaftsjahre bei der Sammlung der Eier für Backzwecke erzielten durchschnittlich befriedigenden Ergebnisse schaffen die Möglichkeit, Erleichterungen der öffentlichen Eierbewirtschaftung eintreten zu lassen, die dringenden Wünschen sowohl der ländlichen wie auch weiter Kreise der städtischen Bevölkerung entgegenkommen. Auf Grund des § 9 Absatz 3 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 bestimme ich daher: Geflügelhalter, die ihre Ablieferungsschuldigkeit an Eiern für das Wirtschaftsjahr 1918 erfüllt haben, dürfen weitere aus eigener Geflügelwirtschaft gewonnene Eier (Ueberschußeier) unmittelbar an Verbraucher zum Kleinhandelshöchstpreis frei absetzen. Ueberschußeier sind bei Ablieferung an die Sammelstelle oder Aufkäufer des Kommunalverbandes mit einem Zuschlag von 1 Pfg. je Ei zum jeweiligen Erzeugerhöchstpreis zu vergüten. Diese Bestimmungen gelten bis zum 31. Januar 1919.

— **Wechsel des Wohnortes von Hilfsdienstpflichtigen.** Zur Behebung mehrfach aufgetretener Zweifel bei den Kriegsamt bestimmt: Teilt ein Hilfsdienstpflichtiger dem Einberufungsausschuß seines Wohnorts mit, daß er nach einem außerhalb des Bezirks dieses Ausschusses belegenen Ort zu verziehen gedenke, oder schon verzogen sei, so hat der Einberufungsausschuß des bisherigen Wohnortes die Meldekarte des Hilfsdienstpflichtigen zu vervollständigen und an den Einberufungsausschuß des angegebenen neuen Wohnortes zu übersenden. Meldet sich aber der Hilfsdienstpflichtige nicht binnen zwei Wochen seit dem Eingang der Meldekarte bei dem Einberufungsausschuß des angegebenen Ortes an und ergeht eine Anfrage des letzteren Ausschusses bei der zuständigen Polizeibehörde, daß der Hilfsdienstpflichtige an dem betreffenden Orte auch polizeilich nicht zur Anmeldung gelangt ist, so hat der Einberufungsausschuß des angegebenen neuen Wohnortes unter kurzer Mitteilung der Sachlage dem Einberufungsausschuß des bisherigen Wohnortes die Meldekarte zurückzusenden. Dieses Ausschusse haben alsdann die weiteren Ermittelungen nach dem Verbleibe des Hilfsdienstpflichtigen ob.

— **Die Heizung der Eisenbahnzüge im kommenden Winter.** Trotz aller Bemühungen der Eisenbahnverwaltung, für einen ausreichenden Ersatz der Heizkuppelungen zu sorgen, ist es nicht gelungen, die Heizung aller Züge sicherzustellen. Es können nur Schnell- und Personenzüge des Fernverkehrs geheizt werden, während die Züge des Vorort-, Nah- und Nebenbahnenverkehrs mit geringen Ausnahmen ungeheizt bleiben. Ursprünglich war in Aussicht genommen, die Züge vom 1. November ab zu heizen; nunmehr ist festgesetzt, wenn die Witterung es erforderlich macht, schon vom 15. Oktober ab mit dem Heizen zu beginnen. Unter besonderer Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse im Osten sollen die Züge, die nach den besten Gebieten im Osten fahren, so einrichtet werden, daß sie jenseits der Grenze schon vor dem 15. Oktober mit Heizkuppelungen versehen werden, damit sie bei kalter Witterung bereits früher geheizt werden können.

— **Die Stadt Halle in den Verlustlisten.** Preußische Verlustliste Nr. 1248: Hans Ahrends, Ltn. d. R., 14. 7., l. verw., b. d. Truppe. Paul Augustin, 11. 8., verm. Max Dörner, 29. 10., verm. Hans Friedrich, 27. 10., gefallen. Paul Hemnicke, 7. 5., schw. verw. Waldemar Herbst, 27. 9., l. verletzt. Karl Hoffmann, Ltn. d. R., 4. 9., schw. verw. Paul Kom, Gefr., 9. 7., bish. b. Unfall schw. verletzt, gestorben. Arthur Märker, 7. 11., l. verw. Erich May, 30. 4., gestorben infolge Krankheit. Paul Müller, 6. 7., l. verw. Richard Pehlgrimm, Gefr., 27. 1., verm. Willi Pilling, 25. 9., verm. Erich Rendel, 17. 6., verm. Otto Schlag, 13. 7., gestorben an seinen Wunden. Arthur Seyfarth, Gefr., 9. 1., l. verw. b. d. Truppe. Fritz Wissing, Gefr., 9. 8., l. verw. — Preußische Verlustliste Nr. 1244: Otto Börner III., 4. 10., l. verw. b. d. Tr. Heimbert Forner, Vizefeldw., 19. 9., l. verw. Willy Fröhlich, 24. 6., verm. Robert Grunert, 31. 8., aus Gefgsch. zurück. Karl Heilmann, 18. 1., verm. Walter Klein, Ltn., 8. 8., gefallen. Walter Kluge, Sergt., 7. 11., l. verw. Erich Leuschner, 3. 12., verm. Albert Müller, 8. 11., nicht verm., sondern l. verw. Walter Reinhardt, 30. 12., l. verw. Max Schildhauer, 16. 11., gefallen. Wilhelm Stahl, 21. 10., verm. Karl Thiem, 30. 7., gefallen. Wilhelm Jabel, Uffz., 28. 4., verm. — Preußische Verlustliste Nr. 1245: Ernst Hoffmann, 8. 8., gefallen. Otto Kellner, 28. 1., l. verw. Walter Kirsten, 26. 1., l. verw. Paul Kunze, 9. 6., schw. verw. Ewald May, Sanit.-Gefr., 1. 10., verm. Erich Müller, Hauptm., 31. 8., l. verw. b. d. Truppe. Paul Rothe, Gefr., 4. 4., bish. schw. verw., gestorben. Hans Schembowski, Gefr., 4. 10., l. verw. Arthur Schmidt, Vizefeldw., 23. 2., verm. Karl Stedefeld, 12. 11., gestorben infolge Krankheit 20. 10. 17. Otto Trentsch, 16. 9., l. verw.

## Theater, Konzerte und Vorträge in Halle

### Zweiter Sonatenabend

Die Violinsonaten Mozarts scheinen auf die Musikfreunde weit weniger Anziehungskraft auszuüben, als die Beethovens, sonst müßte sich doch für das verdienstliche Unternehmen des Hoftonzertmeisters Robert Reitz und des Hofkapellmeisters Dr. Ernst Latzko ein größerer Zuhörerkreis eingefunden haben. Allein die leeren Stuhlreihen im Mozartsaal bewiesen, daß nicht einmal die sog. Mozartgemeinde vollständig versammelt sein konnte. Weiß sie nicht, welchen Genuß sie sich entgehen läßt? Diesmal gelangten zur Aufführung vier Sonaten Mozarts in D-Dur, A-Dur, F-Dur und B-Dur. Sie trugen im allgemeinen in ihrer Anlage einen konzertmäßigeren Zuschnitt als die, welche für den ersten Abend vorgesehen waren. Die Ecksätze zeichnen sich meist durch festlichen Charakter aus, die Adagios durch tiefe Innerlichkeit. Frischen Reiz atmeten die Variationen. Namentlich die der F-Dur-Sonate bekundeten sich als wundervolle Ausstrahlung echt Mozartlichen Geistes. Beachtenswert ist die wichtige Rolle, die Mozart in diesen prächtigen Werken dem Klavier zuerteilt. Es trägt die Grundpfeiler des musikalischen Aufbaus und ist im Vergleich zur Geige in seiner Stimme mit vielem äußeren Glanz bedacht. Selbst die vorkommenden Kadenzen fallen ihm fast allein zu. Köstlich bleibt immer wieder die Klarheit und Durchsichtigkeit des Mozartschen Satzes. Diese beiden Eigenschaften verlangen natürlich von den Vortragenden vornehme musikalische Tugenden. Erfreulicherweise war daran im Spiel von Robert Reitz und Dr. Ernst Latzko kein Mangel. Robert Reitz wurde im Ton stetig wärmer und ging in seiner Auffassung von grundmusikalischem Empfinden aus. Dr. Ernst Latzko verband mit äußerer liebenswürdiger Gefälligkeit des technischen Beiwerks Weichheit und Fülle im Klang. Ganz besondere Anerkennung forderte es heraus, wie sehr die beiden Künstler in einander aufgingen. Das nach einheitlichen Gesichtspunkten angelegte Zusammenspiel geriet ganz vorzüglich, so daß der Eindruck der drei Violinsonaten durchweg bedeutend war. Die Anwesenden äußerten daher mit Recht ihre Entzücken und zeichneten die beiden Künstler mit lebhaftem Beifall aus.

Dr. W. Kaiser.

# Provinz Sachsen und Umgebung

### Auszeichnungen.

Verliehen wurde: der Rote Adlerorden 4. Klasse Geheimen Justizrat Kroebel in Suhl, das Verdienstkreuz in Gold Gerichtssekretär Rabenald in Seehausen (Altmark), das Allgemeine Ehrenzeichen dem Regierungsboten Mansfeld in Merseburg, den Oberpostschaffnern Ernst in Ermsleben, Ebeling in Magdeburg, Hetzler in Erfurt.

z. **Magdeburg**, 23. Sept. (Ein Schutzverband der Beamten und Lehrer) des Regierungsbezirks Magdeburg und der anschließenden Kreise ist am Sonnabend hier unter sehr großer Beteiligung der Beamten und Lehrer aus den kleineren Städten und den ländlichen Bezirken des Regierungsbezirks gegründet worden. Der Verband hat sich zur Aufgabe gestellt, mit allem Nachdruck gegen eine Differenzierung in den Gehältern zwischen den Beamten in den großen Städten und den in den kleinen Städten und in den ländlichen Bezirken einzutreten. Anlaß zu dieser Gründung gab direkt eine von der Arbeitsgemeinschaft der Interessenverbände der mittleren Beamten herausgegebene und scheinbar in großem Umfange verbreitete Broschüre, die bei der bevorstehenden Neuregelung der Beamtengehälter im allgemeinen die seinerzeit im Jahre 1909 im Lehrerbesoldungsgesetz erfolgte Staffelung der Gehälter für große, mittlere und kleine Orte als Grundlage vorgesehen wissen will. Aus der Versammlung heraus wurde hervorgehoben, daß die großen Interessenverbände der Lehrer längst den Standpunkt der völligen Gleichstellung der Beamten in Stadt und Land vertraten und daß diese mit der betreffenden Schrift nichts zu tun hätten. Welche Personen oder Verbände hinter der sogenannten Arbeitsgemeinschaft ständen, bedürfe der Feststellung. Es wurde vor einer Zersplitterung der Kräfte durch eine neue Gründung von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben, da die Forderungen der großen Verbände der Lehrer und Beamten sich durchweg mit den in der Versammlung aufgestellten deckten. Die Neugründung wurde demnach mit großer Mehrheit beschlossen und der vorläufige Vorstand beauftragt, schleunigst Eingaben an die Mitglieder des Landtages bezw. der Landtagsfraktionen zu richten, in denen die berechtigten Forderungen der Beamten der kleineren Städte und der ländlichen Bezirke gebührend zum Ausdruck gebracht würden.

s. **Aken**, 23. Sept. (Fürstlicher Besuch.) Gestern mittag sind Prinz und Prinzessin Joachim von Preußen zu längerem Jagdaufenthalt im Forsthaus Olberg eingetroffen. Die Herrschaften kamen von Dessau, und Herzog Joachim Ernst von Anhalt, Prinz Eugen von Anhalt und Prinz Friedrich Günther zu Schwarzburg trafen gleichzeitig zu einem kurzen Besuch in Olberg ein. Abends kehrten die Fürstlichkeiten wieder nach Dessau zurück.

A. **Bernburg**, 23. Sept. (Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse) ausgezeichnet wurde der Ziegeleibesitzer Karl Ernst, Leutnant bei einer Munitionskolonne.

K. **Gröbern** (Kr. Bitterfeld), 23. Sept. (Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse) wurde Unteroffizier Brade von hier ausgezeichnet.

K. **Brösa** (Kr. Bitterfeld), 23. Sept. (Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse) wurde Vizefeldwebel Kersten von hier ausgezeichnet.

— **Dronßig**, 24. Sept.. (Auszeichnung.) Dem Leutnant Erich Mendenburg aus Dronßig wurde wegen seiner Verdienste in den letzten schweren Tagen im Westen das Eiserne Kreuz 1. Klasse überreicht, nachdem er schon Inhaber von vier anderen Auszeichnungen ist.

— **Gommern**, 24. Sept. (Bahnhofsumbau.) Mit dem Bahnhofsumbau ist nunmehr hier begonnen worden.

K. **Bitterfeld**, 23. Sept. (Wettspielnachmittag.) Gestern nachmittag fanden auf der Binnengartenwiese Wettspiele und Volkstänze von Jungmädchenvereinen des Kreises unter Leitung der technischen Lehrerin Frl. Bruchmann aus Bitterfeld statt. Vertreten waren Greppin (zwei Vereine), Gräfenhainichen, Wolfen, Möst bei Raguhn und Bitterfeld. Es wurde Ball über die Schnur, Dreiballauf und Jägerball gespielt und fanden Volkstänze der einzelnen Vereine statt. Der Kreisjugendpfleger Kgl. Kreisschulinspektor Kaiser, Bitterfeld, und Rektor Jurhose, Bitterfeld, hielten Ansprachen.

— **Tauchа**, 24. Sept. (Feuer.) Hier brannte eine Feldscheune des Gutsbesitzers Seibel, die mit Getreide gefüllt war, nieder.

# Börsen- und Handelsteil

### Börsenstimmungsbild

**Berlin**, 24. Sept. Die Börse läßt eine friedliche Grundstimmung erkennen. Im Montanmarkt waren eine Reihe von Kursverbesserungen zu verzeichnen. So besserten sich auch Deutsch-Luxemburger auf einen günstigen Abschluß. Ferner waren Kattowitzer, Hohenlohe, Phönix, Rheinstahl und Oberschlesischer Eisenbahnbedarf und Karow gebessert. Elektrische Werte zeigten wiederum gute Haltung und von Farbwerten gewannen Badische Anilin mehr als 1 Prozent. Auch Rüstungswerte stellen sich zum Teil höher, so Deutsche Waffen und Hirsch-Kupfer, andererseits litten einige Werte unter Realisierungen. Abschwächung erfuhren Daimler und Deutsche Kaliwerke. Schiffahrtsaktien zeigten keine einheitliche Haltung. Bemerkenswert höher stellten sich Deutsch-Australier und Hansa. Der Geschäftsverkehr war bei andauernder Zurückhaltung anfangs recht still, belebte sich aber im Verlaufe etwas. Der Anlagemarkt blieb ruhig.

### Produktenbericht

**Berlin**, 24. Sept. In der Zufuhr von Getreide an hiesigen Mühlen hat sich in den letzten Tagen ein Nachlassen bemerkbar gemacht, was indessen im Hinblick auf die Vorbehandlung der teilweisen recht feuchten Ware zu schließen ist. Im Verkehr mit Landesprodukten selbst hält das Angebot in Runkelrüben aus verschiedenen Distrikten an. In Weißkohl finden umfangreiche Umsätze statt. In den anderen landeswirtschaftlichen Sämereien geht das Geschäft den gewohnten Gang. Heu und Stroh sind im freien Verkehr kaum zu haben. Angebot besteht dagegen in Seinstroh und Hülsenfruchtstroh. Auch Hefedreck ist offeriert.

* **Die Hallesche Kaliwerke A.-G.** beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 400 000 ℳ auf 6 400 000 ℳ. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar ab gewinnberechtigt sind, dienen zum Erwerb des Gesamtvermögens der Gewerkschaft Saale zu Schlettau.

* **G. Luther, A.-G., Maschinenfabrik, Braunschweig.** Trotz der allseitig gestiegenen Ausgaben kann ein befriedigendes Ergebnis vorgelegt werden. Der Rohgewinn nach Abzug von Steuern und Betriebsunkosten beträgt 2 483 982,39 ℳ. Der Reingewinn beziffert sich auf 789 087,22 ℳ, hierzu kommt der Vortrag des Vorjahres 23 217,06 ℳ, zusammen 812 304,28 ℳ. Es wird vorgeschlagen, diesen Betrag wie folgt zu verteilen: Reservefonds 5 Proz. 39 454,36 ℳ, Spezial-Reservefonds 5 Proz. 39 454,36 ℳ, Spezial-Reservefonds . Extrazuweisung 60 000 ℳ, Konto für die Ueberleitung zur Friedenswirtschaft 50 000 ℳ, 12 Prozent Dividende auf 4 000 000 ℳ 480 000 ℳ, Tantieme für den Aufsichtsrat 20 425,36 ℳ, Beamten-Unterstützungskasse 50 000 ℳ, Arbeiter-Unterstützungskasse 50 000 ℳ, Vortrag auf neue Rechnung 22 970,03 ℳ, zusammen 812 304,28 ℳ. Der derzeitige Auftragsbestand bewegt sich ungefähr in den Grenzen des Vorjahres, wo, mit für das neue Jahr andauernde Beschäftigung gesichert ist.

* **Wirtschaftsstellen für Kolonialwaren.** Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe hat in seinem neuesten Berichte die Grundzüge festgestellt, nach denen in der Uebergangszeit Deutschland mit Kolonialwaren versorgt werden soll. Nach dem Muster der bereits bestehenden Textilstoffstelle sollen Wirtschaftsstellen für Kaffee, Tee, Reis und Kakao eingerichtet werden. Sie sind keine Amtsstellen und haben nicht die Aufgabe, einen gemeinsamen Einkauf zu betreiben, sondern sie sind Selbstverwaltungskörperschaften der Interessenten und haben nur die Einfuhr und die damit zusammenhängenden Maßnahmen zu überwachen.

* **Maschinenfabrik M. Ehrhardt A.-G., Wolfenbüttel.** Die Generalversammlung beschloß, aus dem 140 267 (51 910) ℳ betragenden Gewinn 22 (10) Prozent Dividende zu verteilen.

* **Zur Förderung des englischen Außenhandels.** 300 englische Handelsfirmen in Manchester beschlossen die Gründung einer Industriellen-Korporation zur Unterstützung des englischen Außenhandels, welche Niederlassungen in den hauptsächlichsten Handelszentren errichten wird.

* **Berichtigung.** In dem gestrigen Telegramm über die Kapitalserhöhung der Dessauer Zucker-Raffinerie muß es heißen „um 9,6 Millionen M." und „4,8 Millionen M." Unsere Leser werden wohl den Fehler selbst schon entdeckt haben.

# Vermischtes

— **Doktor Clemenceau.** In einer der letzten Sitzungen der französischen Kammer hatte ein Abgeordneter namens Etienne den Ministerpräsidenten begrüßt. Kurz darauf plauderte er mit einigen Kollegen, die ihn nach seiner Gesundheit fragten: „Es geht mir nicht gut", antwortete er. — „Was fehlt Ihnen denn?" erkundigte man sich teilnehmend. — „Eine hartnäckige Erkältung in den Beinen, eine sehr unangenehme Geschichte. Es ist mir gerade, als hätte ich die Füße beständig in Eiswasser stehen." — „Sie haben doch vorhin erst mit dem Ministerpräsidenten gesprochen", meinte darauf einer der Herren." — „Warum hafert Sie die Gelegenheit nicht wahrgenommen, um den Arzt Clemenceau zu konsultieren?" — „Das habe ich auch nicht versäumt", gab Etienne zurück. „Er hat mir den Rat gegeben, mir die Beine amputieren zu lassen."

— **Neuentdecktes Kohlenlager im Nördlichen Eismeer.** Der Polarforscher Steffanson, der jetzt in Vancouver angekommen ist, teilt mit, daß er fast auf jeder von ihm untersuchten Insel im Nördlichen Eismeer Kohlenlager entdeckt hat. Von einigen dieser Fundstätten glaubt er, daß sie in einer nahen Zukunft ebenso ergiebig sein werden, wie die Kohlenfelder auf Spitzbergen. Viele der neuentdeckten Kohlenlager liegen außerdem südlicher als Spitzbergen und sind ebenso bedeutend wie die Kohlenaruben in Wales. Auch die Kohlen scheinen von ebenso guter Beschaffenheit wie die walliisische zu sein.

— **Zum Dresdner Unglück.** Der Präsident der Kgl. Sächs. Staatseisenbahnen, Dr. Ulbricht, besichtigte in Begleitung des Vorstandes der Betriebsdirektion Dresden-Neustadt, die im Friedrichstädter Krankenhause Untergebrachten und brückte ihnen die Teilnahme der Eisenbahnverwaltung aus. Die Wiederherstellungsarbeiten an der Unfallstelle sind gefördert worden, daß bereits Montag nachm. 5 Uhr sämtliche 4 Gleise wieder betriebsfähig waren. Wie wir vernehmen, ist der Lokomotivführer des Leipziger Schnellzuges, auf Antrag der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen worden.

**Hauptschriftleiter:** Dr. **Hans Simon** zugleich verantwortlich für Politik; für Feuilleton und Vermischtes i. V. Dr. **Hans Simon**; für Provinz, Sport, Börsen- und Handelsteil: **Ferdinand Querfurt**; für Halle und Umgebung, Kunst und Wissenschaft, sowie den übrigen Teil: **Adolf Meuer**; für den Anzeigenteil: **Walter Ebeling**, sämtlich in Halle-Saale. Verlag und Druck der Halleschen Zeitung **Otto Thiele, Halle-Saale.** **Verlagsdirektor: Robert Berndt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191809251-18/fragment/page=0004